



## Friedliche und inklusive Gesellschaften

### Ziel 16

#### **Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen**

- 16.1** Alle Formen der Gewalt und die gewaltbedingte Sterblichkeit überall deutlich verringern
- 16.2** Missbrauch und Ausbeutung von Kindern, den Kinderhandel, Folter und alle Formen von Gewalt gegen Kinder beenden
- 16.3** Die Rechtsstaatlichkeit auf nationaler und internationaler Ebene fördern und den gleichberechtigten Zugang aller zur Justiz gewährleisten
- 16.4** Bis 2030 illegale Finanz- und Waffenströme deutlich verringern, die Wiedererlangung und Rückgabe gestohlener Vermögenswerte verstärken und alle Formen der organisierten Kriminalität bekämpfen
- 16.5** Korruption und Bestechung in allen ihren Formen erheblich reduzieren
- 16.6** Leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und transparente Institutionen auf allen Ebenen aufbauen
- 16.7** Dafür sorgen, dass die Entscheidungsfindung auf allen Ebenen bedarfsorientiert, inklusiv, partizipatorisch und repräsentativ ist
- 16.8** Die Teilhabe der Entwicklungsländer an den globalen Lenkungsinstitutionen erweitern und verstärken
- 16.9** Bis 2030 insbesondere durch die Registrierung der Geburten dafür sorgen, dass alle Menschen eine rechtliche Identität haben
- 16.10** Den öffentlichen Zugang zu Informationen gewährleisten und die Grundfreiheiten schützen, im Einklang mit den nationalen Rechtsvorschriften und völkerrechtlichen Übereinkünften
- 16.a** Die zuständigen nationalen Institutionen namentlich durch internationale Zusammenarbeit beim Kapazitätsaufbau auf allen Ebenen zur Verhütung von Gewalt und zur Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität unterstützen, insbesondere in den Entwicklungsländern

**16.b** Nichtdiskriminierende Rechtsvorschriften und Politiken zugunsten einer nachhaltigen Entwicklung fördern und durchsetzen

SDG 16 ist bemerkenswert, weil es über die üblichen drei Dimensionen der Nachhaltigkeit (Soziales, Wirtschaft und Umwelt) hinausweist und sie um Aspekte des Friedens und der Rechtstaatlichkeit ergänzt. Die breite Palette an Zielvorgaben ist allerdings überwiegend sehr allgemein formuliert und enthält keine konkreten Aussagen über die Mittel zu ihrer Umsetzung. Das macht es schwer zu überprüfen, ob die Regierungen bei der Verwirklichung von SDG 16 Fortschritte gemacht haben.

Fest steht nach fünf Jahren jedenfalls, dass kriegerische Konflikte, schwache Institutionen, mangelnde demokratische Teilhabe und der begrenzte Zugang zu rechtstaatlichen Institutionen weiterhin die Verwirklichung der Agenda 2030 in ihrer Gesamtheit gefährden. Die Zahl der Menschen, die aufgrund von Kriegen, Konflikten und Menschenrechtsverletzungen gewaltsam vertrieben wurden, ist im Jahr 2019 auf 79,5 Millionen angestiegen und erreichte damit den höchsten Stand, den das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) jemals verzeichnet hat.<sup>498</sup> UN-Generalsekretär António Guterres warnt davor, dass die COVID-19-Pandemie und die Reaktionen der Regierungen 2020 zu einer weiteren Zunahme von sozialen Unruhen und Gewalt führen könnten. Die Verwirklichung von SDG 16 wird dadurch zusätzlich gefährdet.<sup>499</sup>

### **Vergeblicher Appell für einen weltweiten Waffenstillstand**

Der UN-Generalsekretär hatte Anfang 2020 auch als Reaktion auf die Coronakrise zu einem weltweiten Waffenstillstand aufgerufen, wissend das wirksame Maßnahmen zur Pandemieprävention und -bekämpfung im Kontext militärischer Konflikte nahezu unmöglich sind.<sup>500</sup> Sein Appell verhallte ohne sichtbaren Erfolg.

Der Weltfriedensindex (Global Peace Index, GPI), der jährlich vom Institute for Economics & Peace in Sydney erstellt wird, sieht vielmehr einen negativen Trend bei der weltweiten Friedensbereitschaft.<sup>501</sup> In neun der letzten zwölf Jahre ist der durchschnittliche Indexwert gefallen. „Die Welt ist heute weniger friedlich als zu jedem Zeitpunkt des letzten Jahrzehnts,“ konstatiert das australische Institut.<sup>502</sup> Hauptgründe seien weniger zwischenstaatliche Kriege als vielmehr interne Konflikte

498 Vgl. <https://www.unhcr.org/globaltrends2019/>

499 Vgl. UN ECOSOC (2020), Pkt. 130.

500 Vgl. <https://news.un.org/en/story/2020/03/1059972>

501 Vgl. Institute for Economics & Peace (2020).

502 <https://www.visionofhumanity.org/global-peace-index/> (Übersetzung JM)

und Terrorismus. Positiv zu vermerken sei lediglich, dass die Anzahl der Todesopfer durch Terrorismus zwischen 2015 und 2019 von weltweit mehr als 33.000 auf unter 8.000 zurückgegangen sei.<sup>503</sup>

Auf der Rangliste des GPI belegen Island, Neuseeland und Portugal die ersten drei Plätze. Deutschland liegt auf Rang 16, den Schluss bilden, wenig überraschend, der Irak, Syrien und Afghanistan.

Der wirtschaftliche Schaden, der durch Konflikte entsteht, wird vom Institute for Economics & Peace auf beachtliche 10 Prozent des Welt-BIP geschätzt. In Zukunft würden auch ökologische Risiken verstärkt zur Konfliktursache – und damit auch zur Fluchtursache – werden. So könnte zum Beispiel allein in Subsahara-Afrika der Klimawandel 86 Millionen Menschen bis 2050 zur unfreiwilligen Migration zwingen.<sup>504</sup>

### **Steigende Rüstungsausgaben und Waffenexporte**

Die weltweiten Rüstungsausgaben nehmen weiterhin zu. Laut dem Jahrbuch des Internationalen Instituts für Friedensforschung in Stockholm (SIPRI) stiegen sie 2019 auf über 1,9 Billionen US Dollar, oder 2,2 Prozent des Welt-BIP.<sup>505</sup> Das bedeutete eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 3,6 Prozent, die höchste der letzten 10 Jahre. Zum Vergleich: Für die öffentliche Entwicklungsfinanzierung gaben die OECD-Länder im selben Jahr 152,8 Milliarden US-Dollar aus, also weniger als ein Zehntel der Rüstungsausgaben (vgl. dazu auch das Kapitel zu SDG 17).

Der politische Druck zur Steigerung der Rüstungsausgaben ist hoch. So haben sich etwa die NATO-Mitgliedsstaaten, darunter auch Deutschland, 2014 dazu bekannt, ihre Rüstungsausgaben auf jeweils 2 Prozent ihres BIP zu steigern, und mindestens 20 Prozent ihres Militärbudgets für militärische Ausrüstung aufzuwenden. Seither sind Waffenkäufe durch NATO-Staaten massiv angestiegen, berichtet SIPRI. Unter den 15 Ländern mit den höchsten Militärausgaben hatte kein Land 2019 einen größeren Zuwachs aufzuweisen als Deutschland, nämlich um 10 Prozent auf 49,3 Milliarden US-Dollar.<sup>506</sup>

Ein problematischer Trend zeigt sich auch bei den Rüstungsexporten, gerade wenn sie in Konfliktregionen gehen. Der internationale Waffenhandel hat 2019 den höchsten Stand seit Ende des Kalten Krieges erreicht. Nur fünf Länder sind für 76 Prozent aller Exporte verantwortlich und teilen einen Großteil des Weltmarktes unter sich auf. Zu ihnen gehört auch

---

503 Vgl. Institute for Economics & Peace (2020), S. 30.

504 Ebd. S. 73.

505 Vgl. SIPRI (2020), S. 10.

506 Ebd.

Deutschland, das derzeit hinter den USA, Russland, Frankreich und China auf Platz fünf rangiert (siehe Tabelle 16.1).<sup>507</sup>

Aus dem Rüstungsexportbericht der Bundesregierung geht hervor, dass Deutschland 2019 Waffenexporte im Wert von über 8 Milliarden Euro genehmigt hat, fast eine Verdopplung im Vergleich zum Vorjahr.<sup>508</sup> Knapp 44 Prozent davon gingen in sogenannte Drittstaaten außerhalb von EU und NATO. Amnesty International kritisierte in diesem Zusammenhang die Rüstungsexporte in Länder wie Algerien, Ägypten und Indonesien wegen der dortigen Menschenrechtslage und in die Vereinigten Arabischen Emirate wegen ihrer Rolle im Jemen-Konflikt.<sup>509</sup> Die Grünen sprachen von unverantwortlichen neuen Rekordwerten bei den Rüstungsexporten, während das Bundeswirtschaftsministerium erklärte, der Wert der Genehmigungen an Drittstaaten 2019 entspreche in etwa dem Durchschnittswert der vergangenen fünf Jahre.<sup>510</sup> Allerdings stehen mittlerweile auch Exporte an NATO-Partner in der Kritik. So berichtet die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden, dass Panzer aus deutscher Produktion von der Türkei in Nordsyrien eingesetzt wurden, und dass Griechenland von Deutschland gelieferte Kriegsschiffe zur Flüchtlingsabwehr in der Ägäis verwendet.<sup>511</sup>

Die Bundesregierung hat Mitte 2019 neue Politische Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern beschlossen, die in einigen Punkten die bisherigen Grundsätze aus dem Jahr 2000 schärfen sollen.<sup>512</sup> Dies ist aus Sicht von Friedensforscher\*innen nur teilweise gelungen. So stellen Max Mutschler (BICC) und Simone Wisotzki (HSFK) in einer gemeinsamen Analyse fest, dass einige Neuerungen zwar in die richtige Richtung wiesen, gerade auch in der Exportkontrolle von Kleinwaffen, doch enthielten die Grundsätze auch Passagen, die sorgenvoll stimmten.<sup>513</sup> Insbesondere Schritte in Richtung verstärkter europäischer Rüstungskoooperation könnten die deutsche Rüstungsexportkontrolle schwächen. Ihr Resümee:

„Letztlich bleiben die Politischen Grundsätze und die bestehenden bundesdeutschen Gesetze zu Rüstungsexporten ein Flickwerk, weitreichendere und präzisere Regelungen ließen sich allein durch ein Rüstungsexportkontrollgesetz verwirklichen.“<sup>514</sup>

---

507 Vgl. SIPRI (2020), S. 12f.

508 Vgl. Bundesregierung (2020d), S. 26.

509 Vgl. <https://www.evangelisch.de/inhalte/171490/17-06-2020/ruestungsexporte-2019-wieder-deutlich-gestiegen>

510 Ebd.

511 Vgl. Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (2019).

512 Vgl. <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2019/20190626-bundesregierung-beschliesst-politische-grundsaeetze-fuer-ruestungsexporte.html>

513 Vgl. Wisotzki/Mutschler (2019).

514 Ebd.

Tabelle 16.1

**Die Top-10 Waffenexportländer der Welt 2012–2019**  
 (in Trend-Indicator Value (TIV) in Millionen\*)

Land	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2012 – 2019
USA	9.074	7.508	9.608	9.963	9.855	12.050	10.414	10.752	79.223
Russland	8.261	7.986	5.527	5.990	6.841	6.015	6.506	4.718	51.843
Frankreich	1.010	1.468	1.627	1.995	2.041	2.367	1.773	3.368	15.649
China	1.540	2.080	1.226	1.799	2.372	1.346	1.140	1.423	12.927
Deutschland	747	779	1.788	1.766	2.514	1.982	1.071	1.185	11.832
Großbritannien	929	1.608	1.651	1.179	1.376	1.225	699	972	9.639
Spanien	546	728	1.050	1.163	471	820	1.025	1.061	6.863
Israel	455	420	393	720	1392	1.195	655	369	5.598
Italien	747	862	671	676	618	793	555	491	5.414
Niederlande	858	374	631	461	471	1.048	438	285	4.567

Quelle: [www.sipri.org/databases/armstransfers](http://www.sipri.org/databases/armstransfers)\* Für die Definition des von SIPRI entwickelten Maßes TIV siehe [www.sipri.org/databases/armstransfers/sources-and-methods/#TIV-tables](http://www.sipri.org/databases/armstransfers/sources-and-methods/#TIV-tables)

## Illegale Finanzströme und schädliche Steuervermeidungspraktiken

Mit SDG 16 haben sich die Regierungen nicht nur zur deutlichen Verringerung der illegalen Waffenströme, sondern auch der illegalen Finanzströme verpflichtet. Denn ohne das weltweite Geflecht von Schattenfinanzzentren und Steueroasen wäre auch der globale Handel mit illegalen Gütern, seien es Waffen oder Drogen, kaum möglich. Allerdings bilden die aus kriminellen Aktivitäten stammenden Finanzströme nur die Spitze des Eisbergs. Viel gravierender, vor allem für die Wirtschafts- und Sozialsysteme der Länder des globalen Südens, sind die Verluste, die durch illegitime Finanzflüsse (*Illicit Financial Flows, IFFs*) entstehen, sei es durch Kriminalität, Korruption oder – was den Löwenanteil ausmacht – Steuervermeidungspraktiken transnationaler Konzerne.

Forscher\*innen aus dem Umfeld des Netzwerks Steuergerechtigkeit haben berechnet, dass allein die Steuertricks transnationaler Konzerne zu weltweiten Steuerausfällen in Höhe von schätzungsweise 500 Milliarden US-Dollar pro Jahr führen.<sup>515</sup> Dies geschieht unter anderem dadurch, dass Unternehmen Import- und Exportpreise im internationalen Handel

---

515 Vgl. Cobham/Janský (2018).

manipulieren und damit Gewinne in diejenigen Länder verlagern, in denen sie zu niedrigeren Steuersätzen oder gar nicht besteuert werden. Die Länder des globalen Südens sind dabei im Verhältnis zu ihrer Wirtschaftsleistung deutlich schwerer betroffen als die wohlhabenden OECD-Länder. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen verliert allein Afrika jedes Jahr 89 Milliarden US-Dollar durch IFFs.<sup>516</sup> Das ist etwa genauso viel, wie der gesamte Kontinent durch öffentliche Entwicklungsfinanzierung und ausländische Direktinvestitionen zusammen erhält.

Auch wenn die Definition von Schattenfinanzzentren bzw. Steueroasen unscharf und umstritten ist, lässt sich festhalten, dass auch Deutschland reformbedürftig ist, was die Anfälligkeit seines Finanzsystems für Geld aus fragwürdigen Quellen angeht. Darauf weist das Tax Justice Network hin, das seit 2009 mit seinem Schattenfinanzindex (*Financial Secrecy Index, FSI*) Länder nach dem Ausmaß der Transparenz bzw. Geheimhaltung in Finanzfragen bewertet.<sup>517</sup> Dazu sammelt es Informationen zum Bankgeheimnis, zur Verfügbarkeit von Eigentümer-Informationen, zur Effizienz der Finanzbehörden, zum Austausch von Daten zwischen den Behörden verschiedener Länder und zur Geldwäschebekämpfung. Deutschland hat viele Jahre traurige Spitzenplätze in den Top Ten des Indexes belegt, zählte also zu den weltweit größten „Verdunkelungsöasen.“

In der Analyse von 2020 hat sich Deutschland immerhin auf Platz 14 verbessert (siehe Tabelle 16.2). Ursache war die Umsetzung von neuen EU-Richtlinien zur Steuertransparenz. Laut Netzwerk Steuergerechtigkeit gibt es aber weiterhin viel zu tun.<sup>518</sup> Empfohlen wird unter anderem die Schaffung eines öffentlichen Immobilienregisters und die Abschaffung von Inhaberaktien zugunsten von Namensaktien. Durch diese Schritte könnten die Eigentümer von Aktien und Immobilien besser identifiziert werden, was eine Voraussetzung zur Besteuerung ist. Auch die Geldwäschebekämpfung müsste weiter verbessert werden. Immer wieder kommt ans Licht, dass auch deutsche Banken in Geldwäscheskandale involviert sind. Das International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ) hat im Sommer 2020 die sogenannten FinCEN Files veröffentlicht. Diese belegen, dass einige Banken auch weiterhin dabei behilflich sind, schmutziges Geld zu verstecken.<sup>519</sup>

Unter den Top 15 der Schattenfinanzzentren befinden sich mit Luxemburg, den Niederlanden und Deutschland drei EU-Mitgliedsstaaten. Wenn man Großbritannien und seine Überseegebiete Virgin Islands, Cayman Islands und Guernsey noch hinzuzählt, wären es fast die Hälfte.

---

516 Vgl. <https://unctad.org/news/africa-could-gain-89-billion-annually-curbing-illicit-financial-flows>

517 Vgl. <https://www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de/publikationen/schattenfinanzindex/>

518 Vgl. ebd.

519 <https://www.icij.org/investigations/fincen-files/about-the-fincen-files-investigation/>

Das weist auf die politischen Schwierigkeiten hin, vor denen die EU steht, wenn sie wirksame Regeln gegen Steuerhinterziehung im Konsens verabschieden will. Die offizielle schwarze Liste der EU zu Steueroasen ist politisch zusammengestellt. Sie enthält kein einziges EU-Mitgliedsland, da die EU ihre Mitglieder nicht an den Pranger stellen will.<sup>520</sup>

Auf dem zweiten Platz des Schattenfinanzindex 2020 stehen die USA, auch deswegen, weil sie sich weigern, am automatischen internationalen Informationsaustausch zu Bankkonten und Steuerdaten teilzunehmen.

## **Rechtstaatlichkeit und Zugang zur Justiz gefährdet**

In einer wachsenden Zahl von Staaten haben in den letzten Jahren autoritäre Regime die Macht erlangt oder gefestigt. Ihre Politik ist gekennzeichnet durch die Repression oppositioneller Kräfte, Menschenrechtsverletzungen, die Zensur der Medien und die Verletzung grundlegender Prinzipien der Rechtstaatlichkeit. All dies steht im diametralen Gegensatz zum Geist und zu den Zielen der Agenda 2030, allen voran SDG 16. Das Spektrum der Länder reicht von den „üblichen Verdächtigen“ wie China, Iran, Russland und Türkei bis zu EU-Mitgliedern wie Ungarn.

Auch als Reaktion auf die besorgniserregende Entwicklung der letzten Jahre hat die Europäische Kommission im September 2020 ihren ersten EU-weiten Bericht über die Situation der Rechtsstaatlichkeit in den einzelnen Mitgliedstaaten veröffentlicht.<sup>521</sup> Untersucht wurden die nationalen Justizsysteme, Korruptionsbekämpfung, Medienpluralismus und -freiheit sowie sonstige institutionelle Aspekte im Zusammenhang mit der Gewaltenteilung.

Der Bericht listet eine Vielzahl von Missständen auf: So wertet er in Polen die Doppelfunktion des Justizministers, der gleichzeitig Generalstaatsanwalt ist, als besonders bedenklich; in der Slowakei bestünden seit Langem Bedenken hinsichtlich der Unabhängigkeit und Integrität des Justizsystems; in mehreren Mitgliedstaaten gäben gravierende Korruptionsfälle Anlass zu Bedenken, darunter in Bulgarien, Malta, Kroatien, der Slowakei, der Tschechischen Republik und Ungarn; Journalist\*innen seien im Zusammenhang mit ihrer Arbeit in einer Reihe von Mitgliedstaaten Drohungen oder gar Angriffen ausgesetzt, z. B. in Bulgarien, Kroatien, Slowenien, Spanien und Ungarn; und zivilgesellschaftliche Organisationen, insbesondere LGBTI+-Gruppen, seien in einigen Ländern mit gesetzlichen Restriktionen oder gar

---

520 Für die schwarze Liste der EU siehe: <https://www.consilium.europa.eu/en/policies/eu-list-of-non-cooperative-jurisdictions/>

521 Vgl. Europäische Kommission (2020).

Tabelle 16.2

## Die Top 10 des Schattenfinanzindex 2020

	Land/Gebiet	Geheimhaltungs- wert	Globale Gewichtung	Schattenfinanz- index Wert
1	Cayman Islands	76	4,58%	1575,19
2	USA	63	21,37%	1486,96
3	Schweiz	74	4,12%	1402,10
4	Hongkong	66	4,44%	1035,29
5	Singapur	65	5,17%	1022,12
6	Luxemburg	55	12,36%	849,36
7	Japan	63	2,20%	695,59
8	Niederlande	67	1,11%	682,20
9	Brit. Virgin Islands	71	0,50%	619,14
10	Vereinigte Arabische Emirate	78	0,21%	605,20
(14)	Deutschland	52	4,71%	499,72

Quelle: <https://fsi.taxjustice.net/en/introduction/fsi-results>

Hetzkampagnen konfrontiert, beispielsweise in Bulgarien und Polen.<sup>522</sup>

Und auch bei der Verankerung von menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten von Unternehmen gibt es weiterhin gravierende Defizite. Entsprechend der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte sollen Staaten gewährleisten, dass Opfer von Menschenrechtsverletzungen durch transnationale Konzerne Zugang zu gerichtlichen und außergerichtlichen Beschwerdemechanismen haben. Erfahrungen von Menschenrechtsverteidiger\*innen zeigen aber, dass die Regierungen und die Justiz in vielen Ländern des Südens dieser Verantwortung nicht gerecht werden. Damit Opfer in solchen Fällen dennoch zu ihrem Recht kommen, ist es wesentlich, dass die Unternehmen auch in ihren Heimatstaaten belangt werden können.

Der UN-Sozialausschuss erteilte Deutschland im Jahr 2018 eine Rüge wegen seiner unverbindlichen Menschenrechtsstandards für Unternehmen.<sup>523</sup> Nach wie vor gibt es für ausländische Betroffene aufgrund der zahlreichen Hürden keine wirksamen Beschwerdewege vor deutschen Gerichten, wie Germanwatch und MISEREOR in einem

522 Vgl. [https://ec.europa.eu/germany/news/20200930-bericht-rechtsstaatlichkeit\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20200930-bericht-rechtsstaatlichkeit_de)

523 Vgl. UN Committee on Economic, Social and Cultural Rights (2018).



Bericht 2020 darlegten. Im Wesentlichen scheitert der Zugang an der fehlenden Rechtsgrundlage, aber auch die für Kläger\*innen mit der Klage verbundenen finanziellen Risiken stellen eine Hürde dar.<sup>524</sup> Die Einführung kollektiver Klagemöglichkeiten und eine Verankerung der Sorgfaltspflicht im nationalen Recht seien daher unumgänglich, um Betroffenen den Zugang zu Rechtsmitteln zu gewährleisten.<sup>525</sup>

Nur langsam erreicht die Debatte über unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten europäische Entscheidungsträger\*innen. Frankreich hat als erstes Land der EU 2017 ein Gesetz zur Sorgfaltspflicht verabschiedet. In Deutschland setzt sich die Initiative Lieferkettengesetz für ein solches Gesetz ein.<sup>526</sup>

### **Beim Zugang zu Informationen nur graduelle Verbesserungen**

Von besonderer Wichtigkeit für die Arbeit vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen ist der Zugang zu verlässlichen Daten und Statistiken. Nur so können Probleme exakt benannt und Lösungen vorgeschlagen werden. Eine besondere Rolle spielt dabei die Transparenz der Haushalte auf den verschiedenen Verwaltungsebenen, denn in ihnen kommen die politischen Prioritäten von Regierungen und Parlamenten am deutlichsten zum Ausdruck.

Die International Budget Partnership (IBP) gibt aus diesem Grund seit 2006 den Open Budget Index (OBI) heraus, mit dem anhand von 145 bewerteten Fragen die öffentliche Verfügbarkeit von Informationen rund um Haushalte abgefragt wird.<sup>527</sup> Über die Jahre wird im OBI eine graduelle Verbesserung der Transparenz und Datenverfügbarkeit festgestellt, allerdings gibt es große Unterschiede von Land zu Land. Drei Viertel der geprüften Länder stellen weiterhin keine ausreichenden Informationen für ihre Bürger\*innen bereit, etwa indem Haushaltsentwürfe der Regierung nicht veröffentlicht werden.

An der Spitze der Rangliste des OBI standen 2019 Neuseeland, Südafrika und Schweden. Deutschland landete auf Platz 20.<sup>528</sup> Denn IBP sieht auch für Deutschland zahlreiche Verbesserungsmöglichkeiten, etwa durch eine Erweiterung des Haushaltsentwurfs der Bundesregierung um makroökonomische Daten und Vorhersagen und durch eine Erweiterung der Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger.<sup>529</sup> Besonders bei der Bürgerbeteiligung schneidet Deutschland schlecht ab. Daher

---

524 Vgl. Germanwatch/MISEREOR (2020), S. 76 ff.

525 Ebd. S. 82.

526 <https://lieferkettengesetz.de/>

527 Vgl. International Budget Partnership (2019).

528 <https://www.internationalbudget.org/open-budget-survey>

529 Vgl. <https://www.internationalbudget.org/open-budget-survey/country-results/2019/germany>

regt IBP an, dass auch in Deutschland ein Bürgerhaushalt entwickelt wird, mit dem zivilgesellschaftliche Organisationen und Gruppen ihre Prioritäten zum Ausdruck bringen. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Arbeit des Canadian Centre for Policy Alternatives, das jährlich einen Alternativen Bundeshaushalt für Kanada erarbeitet.<sup>530</sup>

---

530 Vgl. [www.policyalternatives.ca/projects/alternative-federal-budget](http://www.policyalternatives.ca/projects/alternative-federal-budget)